Erfolg, 688 = 36,8 Prozent teilweisen und 733 = 39,2 Prozent keinen Erfolg. Die Bewegung gestaltet sich für die Arbeiter immer erfolgreicher. Die Prozentzahlen für die mit vollem Erfolge durchgeführten Streiks sind für den Zeitraum 1900–1903 19,2 — 18,9 — 21,5 — 21,8 — 24, für die Streiks mit teilweisem Erfolg 35,2 — 27, — 22,2 — 32,3 — 36,8 für diejenigen ohne Erfolg 45,6 — 54,1 — 56,3 — 45,9 — 39,2. — **Aussperrungen** zählt die amtliche Statistik 120. Ausgesperrt wurden 23 760 Arbeiter. Voran steht hier wieder das Baugewerbe, es kommen dann die Textilindustrie und die Industrie der Steine und Erden. Bei den Aussperrungen hatten die Arbeitgeber in 36,7 Prozent der Fälle vollen, in 27,5 Prozent teilweisen und in 35,8 Prozent keinen Erfolg. — Faßt man die Streiks und die Aussperrungen zusammen, so ergibt sich für 1904 das Resultat, daß in 11 436 Betrieben 137 240 Arbeiter gestreikt haben bezw. ausgesperrt worden sind, und daß von den 1990 Streiks und Aussperrungen nur 777 Fälle = 39 Prozent für die Arbeiter erfolglos gewesen sind. Die hier mitgeteilten Zahlen beruhen auf amtlichen Ermittelungen. Die tatsächlichen Zahlen dürften wohl höher sein, weil eine Reihe von Streiks, namentlich in kleinen Betrieben, überhaupt nicht zur Kenntnis der untersten Polizeibehörden kommt. Angesichts dessen muß von allen beteiligten Faktoren dahin gestrebt werden, die den sozialen Frieden und die Ruhe im Gewerbe störenden Streiks durch langfristige Tarifverträge zu ersetzen. Wenn trotz der Zunahme dieser die Zahl der Streiks nicht abgenommen hat, so ist zu berücksichtigen, daß Tarifverträge vielfach eine Frucht von Streiks sind, durch diese erkämpft wurden. Erst wenn sich die Gegner in Streiks gegenseitig achten gelernt haben, werden sie leichter zu Tarifverträgen kommen. Und wenn sie mit diesen gute Erfahrungen gemacht haben, werden die Tarifverträge auch ohne Streiks verlängert werden, wie z. B. im Buchdruckergewerbe.

— Nach einer Londoner Privatmeldung hat Deutschland sämtlichen Mächten mit Ausschluß von England, Frankreich und Spanien, die eigene Verträge bezüglich **Marokkos** abgeschlossen haben, seine **Stellung bezüglich Marokkos** notifiziert. Alle Mächte haben dem deutschen Gesichtspunkte mehr oder weniger zustimmende Antworten erteilt.

— **Der Reichstag muß vorbeugen!** Auf dem Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei hat der Abgeordnete Dr. Bachem betont, daß das Zentrum sofort im Reichstage die Frage des Bergarbeiterschutzes aufrollen werde, sobald das Abgeordnetenhaus den Beschlüssen seiner Kommission zustimmen sollte. Auch andere Zentrumsabgeordnete sind dieser Ansicht, ein Zentrumsabgeordneter hat bereits einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf in seiner Mappe liegen, und darf denselben zur Unterschrift nur zirkulieren lassen. Die Arbeiter dürfen beruhigt sein, das Zentrum wird sich ihrer mit aller Entschiedenheit annehmen.

— **Die Göttinger Professoreneingabe** soll nach Blättermeldungen die Zustimmung von zahlreichen Professoren usw. gefunden haben; hierzu kann die „Kreuzztg." mitteilen: „Mit den 15 deutschen Hochschulen scheint es wenig oder gar nichts zu sein, mit Oxford und Cambridge ist es auch nichts und mit den 148 amerikanischen Professoren stimmt es gleichfalls nicht." Ja, wer hat denn den gesamten Schwindel aufgebracht?

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat in ihrer Sitzung vom 5. d. M. einen Antrag Hieber angenommen, worin die königliche Staatsregierung ersucht wird, der Kammer der Abgeordneten eine Denkschrift vorzulegen, in der die rechtlichen und finanziellen Verhältnisse des sogenannten Kirchengutes, die auf demselben ruhenden Verbindlichkeiten des Staates, sowie die Frage der Ausscheidung des Kirchengutes vom Staatskammergute dargelegt werden. Kultusminister von Weizsäcker hatte nach Darlegung der großen Schwierigkeiten, die der Ausarbeitung einer solchen Denkschrift gegenüberstehen, die Forderung gestellt, daß in einer Kommission zunächst darüber Beschluß gefaßt werden soll, nach welchen Grundsätzen die Denkschrift überhaupt auszustellen sei, und hatte an die Ausscheidung des Kirchengutes die Schlußfolgerung geknüpft, daß ihr die Trennung von Staat und Kirche folgen würde.

Tatsache ist, daß alle **Arbeiterschutzgesetze**, deren Deutschland sich rühmen kann, auf Anregung des Zentrums und durch seine Unterstützung zu stande kamen; Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie gegen alle diese Gesetze gestimmt hat, obwohl sie für die Arbeiterwelt Verbesserungen gebracht haben! Das ist der Sozialdemokratie sehr unangenehm, sie sucht deshalb die hervorragende Tätigkeit des Zentrums zu verdächtigen. So schreibt die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht": „Das Zentrum ist ein Gegner aller positiven Arbeit! Das Zentrum ist ein Gegner des Arbeiterschutzes und der Sozialreform! Das Zentrum stimmte am 13. April 1905 gegen die Berggesetznovelle." Diese Worte sind ein offener Betrug! Wohl hat das Zentrum am 13. April 1905 die Berggesetznovelle abgelehnt, aber nicht deshalb, weil es die Idee des Bergarbeiterschutzes verwirft, sondern weil diese durch die Beschlüsse der Kommission eine für die Arbeiterschaft so ungünstige Gestalt angenommen hatte, daß das Zentrum es besser fand, die Novelle eher abzulehnen, als ihr in dieser Form zuzustimmen. Die Beschlüsse der Kommission waren eben in allen Teilen ein Rückschritt, und deshalb stimmte das Zentrum gegen dieselben. Wie ganz anders aber liegt es bei den Gesetzen, die die Sozialdemokratie verworfen hat. Nehmen wir zum Beispiel das Arbeiterschutzgesetz, das erst die Sonntagsruhe, die Beschränkung der Arbeitszeit der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen usw. einführte; es enthielt nur Vorteile für die Arbeiter, nach gar keiner Seite hin einen Rückschritt! Oder das Gesetz über die Kaufmannsgerichte! Vorher hatte man diese nicht; jetzt sind sie da; irgend ein Rückschritt ist gar nicht im Gesetz vorhanden, es sind nur Vorteile erzielt worden. Ebenso liegt es beim Unfallversicherungsgesetze. Alle diese brachten den Arbeitern nur Vorteile und doch stimmte die Sozialdemokratie gegen dieselben! Bei der Reichsgesetznovelle ist dies ganz anders; ein Vorteil ist die Beseitigung des Nullens, das man zum Beispiel in Schlesien gar nicht kennt, aber sonst enthält es lauter Rückschritte; die Einführung des sanitären Maximalarbeitstages ist erschwert, die Arbeiterausschüsse sind mehr gebunden als seither und so geht es fort. Das Zentrum mußte sich sagen, daß diese Nachteile schwerer sind als die Vorteile und deshalb lehnte es das Gesetz ab. Ein Vergleich mit der Haltung der Sozialdemokratie bei den Arbeiterschutzgesetzen kann hier gar nicht gezogen werden, weil letztere nur Vorteile enthielten, wenn auch nicht genügende; aber es war wenigstens kein Rückschritt vorhanden. Die faule Ausrede der sozialdemokratischen Presse zeigt sehr deutlich, in welcher Verlegenheit sich dieselbe befindet. Die sozialdemokratischen Arbeiter beginnen aber jetzt auch selbständig nachzudenken und finden nun, daß die Sozialdemokratie gegen alle Arbeiterschutzgesetze gestimmt hat; daher der Versuch, das Zentrum in eben dieselbe Lage bringen zu wollen. Es gelingt nicht! Doch noch einen anderen alten Ladenhüter hat das sozialdemokratische Blatt, es schreibt: „Man braucht sich dann auch nicht zu wundern, daß, als im Jahre 1900 katholische Arbeitervereine beim Reichstage um den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Textilfabriken petitionierten, die Zentrumspartei an ihren Glaubensgenossen Verrat übte und die Vertretung der Petition der einzig wahren Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, überließ. Wie liegt die Sache hier? Erstens handelt es sich nicht um katholische Arbeitervereine, sondern um christliche Gewerkschaften; das Zentrum steht natürlich letzteren sehr wohlwollend gegenüber, aber es hat sich nicht verpflichtet, alle Eingaben der christlichen Gewerkschaften, die zudem vom Zentrum völlig unabhängig sind, zu unterstützen. Das Zentrum prüft objektiv die Eingaben und nimmt hiernach seine Stellung. Um einen „Verrat an Glaubensgenossen" handelt es sich schon erst recht nicht. Die Eingabe wurde auf Antrag des Zentrums als Material überwiesen. Die Sozialdemokraten aber waren in jener Sitzung so schwach vertreten, daß sie nicht einmal einen anderen Antrag einbringen konnten. Wenn also jemand einen Vorwurf verdient, so sind es die Genossen. Wie das Zentrum über den Zehnstundentag selbst urteilt, ist aus den Anträgen desselben zu ersehen; es hat 1903, 1904 und 1905 Anträge auf Einführung des Zehnstundentages gestellt, ist aber hierbei stets in der Minderheit geblieben. Man sieht also, daß die Angriffe der sozialdemokratischen Presse völlig gehaltlos sind und nur den Bestrebungen entspringen, das Zentrum zu verdächtigen.

Recht fortgeschrittene Volksschullehrer scheinen in der freien Stadt Bremen zu wirken; sie hielten kürzlich eine sehr stark besuchte Versammlung ab und beschlossen hierbei: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden muß, und beauftragt die zu erwählende Kommission, diesen Punkt in geeigneter Weise zu vertreten." Hierüber ist der „Vorwärts" sehr entzückt, was uns nicht wundert, denn „gleiche Brüder, gleiche Kappen"!

Oesterreich-Ungarn.

— **Der fünfte österreichische Städtetag** wurde am 5. d. M. in Wien eröffnet. Hierbei sind 28 autonome Städte vertreten.

— **Ungarisches Abgeordnetenhaus.** Ministerpräsident Graf Tisza begründet eingehend seine Ablehnung des Adreßentwurfes der Koalition. Er weist auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß die Koalition sich den Sturz des Systems der liberalen Partei zur Aufgabe gestellt habe, andererseits, daß die Hauptstützen der Koalition jene Männer bilden, welches dieses verfemte System bis vor kurzem mit Leib und Seele unterstützt haben. Der Ministerpräsident bekämpft sodann die Stellungnahme des Adreßentwurfs zu gunsten des unabhängigen Zollgebietes und führt unter anderem aus: Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für die Erreichung eines selbständigen Zollgebietes gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte, da die meisten Handelsverträge bereits verhandelt sind. Es wird zumal schwer halten, die agrarische Mehrheit des Deutschen Reichstages zur Annahme eines neuen Handelsvertrages mit uns zu vermögen. Es bleibt nichts anderes übrig, als den Ausgleich, sowie den mit Oesterreich vereinbarten Zolltarif anzunehmen. Inmitten dieser Erörterungen des Grafen Tisza ruft plötzlich der Abgeordnete Nikolaus Pozsgay (kons.) mit gellender Stimme: „Es gehört wirklich die Geduld eines Ungarn dazu, um anzuhören, wie unverschämt sich ein gestürzter Ministerpräsident benimmt." Es entsteht großer Tumult. Der Abgeordnete Pozsgay wird zur Ordnung gerufen. (Große Unruhe und Lärm.) Der Präsident hebt die Sitzung zeitweilig auf.

Frankreich.

— Wie verlautet, will die **japanische Gesandtschaft** infolge der Meldung, daß die Flotte Roschdjestwenskis am 30. April im Hafen Port Dayot in der Penghoibucht Anker geworfen habe, ihren Protest betreffend Verletzung der französischen Neutralität erneuern. Der japanische Gesandte Motono habe bereits gestern die Aufmerksamkeit Delcassés auf die Angelegenheit gelenkt. Es heißt, die französische Regierung habe am Dienstag eine Abteilung des französischen ostasiatischen Geschwaders unter dem Befehle des Admirals Jonquières nach der Penghoibucht entsandt, um über genaue Beachtung der französischen Neutralität zu wachen.

Rußland.

— **Die Ministerkonferenz** hat in der Frage der Unterbrechung des Betriebes der Hochschulen folgendes beschlossen: Bei den Hochschulen, die die Kurse unterbrochen haben, finden keine Prüfungen statt; alle Hilfsanstalten für die Studierenden, wie gemeinsame Wohnungen, Speiseräume usw., werden geschlossen und für die Vorlesungen in diesem Semester wird kein Honorar gezahlt. Falls die Hochschulen die Studien im Herbst nicht wieder aufnehmen, sollen sie sofort geschlossen und alle Studenten, sowie Professoren entlassen werden. Die Leiter der Hochschulen sollen Denkschriften über den Studienbetrieb ausarbeiten, damit die verlorene Zeit wieder eingebracht werde; ferner sollen sie behufs Erleichterung des Ueberganges der Schuljugend auf die Hochschulen die Frage der Schlußprüfungen der höheren Lehranstalten prüfen. Diese Beschlüsse der Ministerkonferenz sind am 29. April vom Kaiser bestätigt worden.

Türkei.

— In der **Provinz Yemen** ist ein **Aufstand** ausgebrochen. Der Sultan entsendet daher ein Expeditionskorps von 40 000 Mann zum Entsatze der Truppen. Gegen den zweiten Palastsekretär, Izzet Pascha, der auf die Verwendung arabischer Truppen drang, welche aber bei der Ankunft in Yemen gänzlich versagten, macht sich eine starke Strömung geltend. Nunmehr gelangen türkische Kerntruppen, sowie albanesische Regimenter zur Verwendung. Man hofft in zwei Monaten die Oberherrschaft des Sultans wieder herzustellen, vorausgesetzt, daß keine fremde Einmischung erfolgt. Die Expedition dürfte bei normalem Verlaufe 500 000 bis 600 000 Pfund erfordern. Der Chef der Rebellen hat sich den Titel eines Groß-Imams beigelegt und Yemen für unabhängig erklärt. Ein oder zwei englische und italienische Kriegsschiffe sind auf der Fahrt nach Hoeida zum Schutze der Interessen der englischen und italienischen Staatsangehörigen.

Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unserem Leserkreise mit Namensunterschrift für diese Rubrik sind der Redaktion allzeit willkommen. Der Name des Einsenders bleibt Geheimnis der Redaktion. Anonyme Zuschriften müssen unberücksichtigt bleiben.)

Dresden, den 6. Mai 1905.

Tageskalender für den 7. Mai. 1896. † Kardinal Luigi Galimberti zu Rom. — 1833 * Johannes Brahms zu Hamburg, berühmter Komponist. — 1823. † Anton Salieri zu Wien, Komponist. — 1523. † Franz v. Sickingen zu Landstuhl, berühmter deutscher Feldhauptmann. — 973. † Kaiser Otto I., der Große, zu Memleben.

8. Mai. 1904. † Jenny Groß, Berliner Schauspielerin. — 1794. Hinrichtung Antoine Lavoisiers in Paris, berühmter Chemiker. — 1429. Sieg Jeanne d'Arcs über die Engländer bei Orleans.

—* Den jungen königlichen Prinzen berichtete gestern mittag Herr Leutnant Steeger vom Kaiserl. 2. Seebataillon, der vor kurzem mit dem Marine Expeditionskorps aus Südwestafrika zurückkehrte, über seine Erlebnisse bei der Abteilung Glasenapp.

—* Dem Militärgouverneur der Prinzen-Söhne Hauptmann Baron ó'Byrn ist das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden verliehen worden.

—* Die „Wartburg" beantwortet unsern Hinweis in der Presse, daß in einzelnen protestantischen Bundesstaaten dem kathol. Geistlichen selbst das Messelesen verboten sei, mit einer Darlegung der bayerischen Verhältnisse. Auch dort müsse, wenn z. B. Hofprediger a. D. Stöcker von Berlin aus im evangelischen Kirchlein zu Partenkirchen die Sonntagspredigt halten wollte, vorher bei der Behörde die Anzeige gemacht und die Entscheidung des Königs eingeholt werden. Das Blatt meint dann, daß deshalb die Protestanten im Reichstag noch keinen Toleranzantrag gestellten hätten. — Hierbei vergißt die „Wartburg" nur einen Umstand. Diese vorsintflutliche Vorschrift, wonach nichtbayerische Geistliche ohne ministerielle Erlaubnis keinen Gottesdienst halten oder predigen dürfen, gilt ebensogut für die Katholiken wie für die Protestanten. Bischof v. Haneberg von Speyer geriet in den 70er Jahren schon in einen Konflikt mit dem kulturkämpferischen Ministerium, weil er den Bischof von Mainz, Frhrn. v. Ketteler, eingeladen hatte, in Oggersheim zu predigen. Wenn solche Zustände in Bayern bestehen, die dringend der Abhilfe bedürfen: müßten dann die Protestanten sich nicht mit den

---

ihren Strahlen wärmen und beleben. Auch das katholische Volk kann und soll sich an dem schwungvollen Dichter des Idealismus erbauen. Der gewöhnliche Mann braucht ja nicht alles zu lesen, und die unreife Jugend soll man mit dem unausgegorenen Most der Sturm- und Drangschriften, wie „Räuber" oder „Don Carlos", nicht in Versuchung führen. Der abgeklärten Meisterwerke sind ja so viele, daß sie für den Hausbedarf der breiten Schichten und für den Schulbedarf eine reiche Fülle liefern. Und jeder, der Schiller liest, wird sich ja bewußt bleiben, daß ihm hier keine Offenbarung geboten wird, die Unfehlbarkeit und unbedingten Glauben für jedes Wort verlangt, sondern ein menschliches Kunstwerk, das der Leser mit eigener Verstands- und Herzenstätigkeit aufnehmen, gleichsam verdauen soll. Wenn er einzelnes findet, was ihm weniger schön und sogar flach erscheint (z. B. in Maria Stuart das törichte Gerede von der im voraus vergebenen Sünde, was man der Unkenntnis des protestantisch erzogenen Dichters zu gute halten muß), so lasse der Geist des Lesers diese mißratenen Brocken auf der Schüssel liegen und begnüge sich mit der reichlich vorhandenen guten, schönen und nahrhaften Speise. In unserer Zeit, wo auch dem einfachsten Mann und dem Volke gelegentlich feindselige Zeitungen oder Streitschriften in die Hände fallen, sind wir ja nachgerade alle daran gewöhnt, kritisch zu lesen, und überall die Spreu vom Weizen zu sondern, nicht unbesehen auf alles Gedruckte oder Geredete zu schwören, sondern mit verständiger Prüfung und Unterscheidung das Wahre und Gute aufzunehmen, das andere fahren zu lassen.

Die Hetzer, die von einer Feindseligkeit der Katholiken gegen Schiller reden, setzen sich in komischen Widerspruch mit der Wirklichkeit. Denn gerade Schiller ist unter den sogenannten Dichterfürsten unser erkorener Liebling. Und das nicht bloß wegen des idealen Inhaltes seiner Meisterwerke, sondern auch wegen seiner ernsten, sittlichen Lebensführung. Er hat ja in seiner Sturm- und Drangzeit auch einige Menschlichkeiten verbrochen; aber je höher sein Geist und seine Werke sich emporschwangen und je mehr er sich den christlichen Idealen näherte, desto heller und edler erstrahlt auch das Bild seiner persönlichen Tugend, seines rastlosen Fleißes, seiner Uneigennützigkeit, seiner Menschenfreundlichkeit, seiner Liebe und Treue im Familienkreis. Goethe hat ihm in seinem Nachrufe die gewichtige Lobpreisung gewidmet, daß hinter ihm in wesenlosem Schein das gelogen hätte, was uns alle bändigt: das Gemeine. Er war in der Tat ein edler Mensch in Wort und Tat, ein Mann, der immer christlicher wurde, je länger er sich ausreifte.

Was nun die Hundertjahrfeier angeht, so braucht ein Dichter am allerwenigsten Statuen oder Gedenkfeste. Das Denkmal des wahren Dichters sind seine Werke, und die sind dauerhafter als Granit und Erz. Und die schönste und wirksamste Gedächtnisfeier für einen Dichter ist der allgemeine, dauernde, verständnisvolle Genuß seiner Schriften im stillen Kämmerlein oder bei der gemeinsamen Lektüre unter der Hauslampe.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19050507/2